

Dr. Margarete Schramböck
Bundesministerin für Digitalisierung und
Wirtschaftsstandort

Präsident des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

buero.schramboeck@bmdw.gv.at
Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.181.812

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)10098/J-NR/2022

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 10098/J betreffend "Einsatz gegen LGBTIQ-feindliche Unternehmenswerbung", welche die Abgeordneten Mario Lindner, Kolleginnen und Kollegen am 8. März 2022 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 und 2 der Anfrage:

1. *Planen Sie Schritte, um derart diskriminierende Praktiken beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen durch eine Ausweitung des Schutzes vor Diskriminierung im Gleichbehandlungsgesetz zu unterbinden?*
 - a. *Wenn ja, wann wird ein entsprechender Antrag dem Parlament zur Beschlussfassung vorgelegt werden?*
 - b. *Wenn nein, warum sehen Sie dazu keine Notwendigkeit?*
2. *Gibt es aus Sicht Ihres Ministeriums, abseits der Änderung des Gleichbehandlungsgesetzes durch das lange verzögerte "Levelling Up", andere Möglichkeiten, um gegen die Praktik des beschriebenen Unternehmens rechtlich vorzugehen? Wenn ja, welche?*

Die in den Vollzugsbereich meines Ressorts fallenden Instrumente des Wettbewerbs- und Gewerberechts bieten keine Handhabe gegen die in der Anfrage geschilderte Vorgehensweise, weshalb diese Fragen keinen Gegenstand der Vollziehung des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort betreffen.

Was die Beurteilung von Diskriminierungen im Bereich der Werbung betrifft, ist auf das System zur Selbstkontrolle durch den Österreichischen Werberat auf Grundlage des Ethik-Kodex der Werbewirtschaft zu verweisen.

Wien, am 6. Mai 2022

Dr. Margarete Schramböck

Elektronisch gefertigt

